



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XII/123 - 31.5.1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0886890

Zur Pressekonferenz des Bundeskanzlers	S. 1
Überraschende Mehrheitsregierung in Dänemark	S. 2
Zur Sechs-Parteien-Konferenz in Luxemburg	S. 3
Potenkin und Pankows politische Häftlinge	S. 4
Grossbritannien lockert China-Embargo/ und Bonn?	S. 7
Anhang: Kommuniqué des Parteivorstandes	

Rückkehr ohne Fanfaren

G.M.- Wer angenommen hätte, Dr. Adenauer würde in seiner ersten Pressekonferenz nach der Rückkehr aus den Vereinigten Staaten irgend etwas Konkretes über das Ergebnis seiner Reise sagen, muss enttäuscht sein. Dr. Adenauer erwähnte die vertrauensvolle und herzliche Atmosphäre, die zwischen ihm und seinen Gesprächspartnern geherrscht habe und meinte etwas resigniert, wir alle müssten Geduld haben, da "die Dinge noch ein bis zwei Jahre dauern" könnten. Der Regierungschef sparte auch nicht mit Sätzen wie "Es wird hin- und her gehen" und "Die Teilung Deutschlands ist ein wesentlicher Teil der Spannung oder der Entspannung in der Welt". Vor soviel staatsmännischer Weisheit verneigt sich das Haupt des Unwissenden.

Von einem Widerspruch zwischen ihm und Aussenminister Dulles hat der Bundeskanzler natürlich nichts gemerkt. "Wir stimmen völlig überein" fügte er mit etwas gehobener Stimme hinzu. Im übrigen: Für Herrn Dr. Adenauer liegt die Entscheidung über das, was jetzt kommen soll, "bei den massgebenden Männern in Moskau". Die vor einigen Tagen mit grossem Triumph angekündigte Viermächte-Konferenz liess Herr Dr. Adenauer schön im Hintergrund. Sie - die Viermächte-Konferenz - "wird erst aktuell, wenn sich bei der Sowjetunion die Neigung zeigt, diesen Weg (den Weg der Entspannung) zu betreten."

Und immer wieder: "Wir müssen uns mit Geduld wappnen." Es kann sehr lange dauern", "Das kann ich nicht sagen".

Dunkel war der Rede Sinn, als der Herr Bundeskanzler von der Inspektionszone zu sprechen begann. Die Bundesrepublik und die sogenannte DDR, also Deutschland, sind nicht als "substanzuelle Inspektionszone" - 1a -

zu betrachten. Europa allein auch nicht. "Da muss man schon weitergehen". Auf die Frage, ob der Zeitpunkt zur Einberufung einer Viermächte-Konferenz günstig sei, wenn man sich in London auf eine Inspektionszone geeinigt hätte, kommt Überraschend schnell die Antwort: "Versuchen Sie nicht, mich festzulegen. Ich kann Ihnen darauf nicht antworten".

Ob man in Washington auch über die atomare Aufrüstung der Bundeswehr gesprochen habe, wollte ein Journalist wissen. Wieder eine ausweichende Antwort. Weder Ja noch Nein. "Das Problem ist für uns jetzt nicht interessant. Wir müssen Hoffnung auf eine bessere Zukunft haben". Die deutschen Truppen müssten auf jeden Fall mit bester Bewaffnung ausgerüstet werden.

Ohne konkret zu sagen, was nun eigentlich wirklich in Washington herausgekommen ist, wiederholte der Bundeskanzler mehrmals, die amerikanischen Vorschläge würden eine grosse moralische Bedeutung haben ...

Bilanz? - Rückkehr ohne Fanfaren. Die von Adenauers Propagandisten schon während seiner Reise in einem Teil der Presse untergebrechten Erfolgsmeldungen wurden vom Bundeskanzler selbst nicht bestätigt. Aus dem, was er auf der Pressekonferenz sagte - und auch nicht sagte - geht in jedem Fall hervor, dass der Bundeskanzler in den USA ganz offenbar darauf verzichtet hat, eine deutsche Idee zur Überwindung der militärischen Blockpolitik und zur Wiedervereinigung Deutschlands und Europas vorzutragen. Er ist im Rahmen seiner vom militärischen Denken diktierten Politik geblieben, ohne das politische Moment zu berücksichtigen, das heute eine andere Situation geschaffen hat, als diejenige, in der die sogenannte Politik der Stärke das Denken und Handeln in der Welt lenkte. Dass jemand aus Amerika zurückkommt und diesen Tatbestand durch ausweichende Antworten zu verschleiern sucht, kann wirklich nicht als "Erfolg" bezeichnet werden.

Hansen wieder an der Spitze

Von unseren skandinavischen Korrespondenten

Die Regierungskrise in Dänemark ist überraschend schnell und originell überwunden worden. Der bisherige Ministerpräsident H.C. Hansen hat eine Koalitionsregierung gebildet, die sich aus neun Sozialdemokraten, vier Radikalen und drei Mitgliedern des Retsforbundet zusammensetzt. Es ist die erste dänische Regierung seit Kriegsende, die sich auf eine Parlamentsmehrheit stützen kann. Den 93 Mandaten der Regierungsparteien stehen 45 Mandate der Venstre (hauptsächlich Agrarier) und 30 Mandate der Konservativen gegenüber, die zusammen mit den sechs Kommunisten die Opposition bilden.

H.C. Hansen hat der bürgerlichen Opposition einen Strich durch die Rechnung gemacht, denn die Venstre, welche bei den kürzlichen Wahlen drei Mandate gewonnen hatte, rechnete sicher damit, allein oder mit den Konservativen die neue Regierung - ein bürgerliches Minderheitskabinett - bilden zu können. Sie hätte dann, nach dem gleichen Muster wie einige Jahre zuvor, alle unpopulären Massnahmen als Erbschaft der Sozialdemokraten maskieren und sich selber alle Verdienste zuschreiben können. Kein Wunder, dass Venstre und Konservative nun, noch bevor das Regierungsprogramm bekannt ist, in schöner Eintracht auf die neue Koalition, insbesondere auf den "Verrat" der Radikalen und des Retsforbundet, schimpfen und sogar eine Verschmelzung ihrer beiden Parteien zu einer grossen bürgerlichen Partei erwägen, die den Sozialdemokraten eher die Stange halten könnte.

Wenn es H.C. Hansen gelingt, trotz der Gegensätze, welche die drei Regierungsparteien in mancher Hinsicht trennen, ein brauchbares Programm für die wirtschaftliche Gesundung aufzustellen, kann die Regierungsbildung eine neue Phase in der politischen Geschichte des Landes einleiten. Sozialdemokraten und Radikale hatten schon zu Stauungszeiten erfolgreich Koalition gebildet. Es wäre gut für das Land, wenn es von den Dauerprovisorien einander abwechselnder sozialdemokratischer und bürgerlicher Minderheitsregierungen befreit werden könnte.

Der Retsforbund beteiligt sich erstmalig an einer Regierung. In der Nachkriegszeit aus dem Wunsche nach einem raschen Abbau der Rationierungen entstanden, hat er seither kein klares politisches Profil gezeigt. Seine Forderung nach einer Besteuerung des Wertzuwachses an Grundstücken und nach einer weitestmöglichen Liberalisierung des Aussenhandels findet sicher bei den Koalitionspartnern Anklang.

Wer immer die Geschichte des Landes steuert wird vor schweren Aufgaben stehen. Dänemarks Wohlstand stützte sich seit vielen Jahrzehnten vor allem auf die hochentwickelte Viehzucht des Landes, deren Absatzmärkte im Auslande aber in den letzten Jahren zusammenschrumpften. Die Sozialdemokraten treten dafür ein, dass durch beschleunigten Ausbau neuer Exportindustrien ein Ersatz geschaffen werden muss. Das setzt Kapital - also Sparen - voraus. Die neue Regierung wird daher zu unpopulären Sparmassnahmen gezwungen sein.

* * *

Um eine sozialistische Konzeption

Von Dr. Gerhard Kreyssig, MdB.

Am 3. und 4. Juni werden sich in Luxemburg die Vertreter der sozialistischen Parteien der sechs Länder der Montanunion - Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik - zum zweiten Male mit der Sozialistischen Fraktion des Montan-Parlaments treffen. Die erste Konferenz dieser Art hat am 25. und 26. Januar 1957 ebenfalls in Luxemburg stattgefunden und war ein voller Erfolg insofern, als die sozialistische Parlamentsfraktion von den Delegierten der sechs Parteien die Bestätigung ihrer Politik in den abgelaufenen vier Jahren seit dem Bestehen der Montanunion erhalten hat. Obwohl diese erste Konferenz im wesentlichen die Probleme der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl behandelt hat, war bereits damals in einer einstimmig gefassten Entschliessung Übereinstimmung erzielt worden, dass die Unzulänglichkeiten der Teilintegration nur zweier Rohstoffe überwunden werden müssen, und es wurde begrüsst, dass durch die Verträge über den Allgemeinen Gemeinsamen Markt und EURATOM eine umfassendere wirtschaftliche Integration verwirklicht werden sollte.

Inzwischen sind die Verträge am 25. März in Rom unterzeichnet worden und liegen den Parlamenten der sechs beteiligten Länder zur Ratifizierung vor. Beide Verträge und die Probleme, die sich daraus für die sozialistischen Parteien in den sechs Ländern ergeben, sind Gegenstand der Tagesordnung der kommenden Konferenz. Dr. Ludwig Ratzel, MdB, wird den Bericht über EURATOM geben. Der frühere Wirtschaftsminister Hollands, Vos, Mitglied der Ersten Kammer der Niederlande, berichtet über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Der französische Abgeordnete Gilles Gozard, der auch Mitglied des Montanparlaments ist, behandelt die Institutionen der neu zu schaffenden europäischen Gemeinschaften und schliesslich wird der Belgier René Evalenko, Direktor des Instituts Emile Vandervelde, über die Fragen der Freihandelszone berichten. Die Sozialistische Gruppe hat diese Konferenz in drei vorangegangenen Arbeitstagen gründlich vorbereitet. Die Delegierten werden knapp zusammenfassende schriftliche Berichte vorfinden.

Der besondere Zweck der Konferenz ist es, festzustellen, in welchen Punkten und Kriterien die sechs Parteien zu übereinstimmenden Auffassungen kommen, die in den Parlamenten der sechs beteiligten Länder bei den grossen Ratifizierungsdebatten vorgetragen werden können. Darüber

hinaus wird die Konferenz versuchen, die sozialistische Konzeption der zukünftigen Gestaltung Europas zu erarbeiten und deutlich herauszustellen.

An der Konferenz nimmt eine starke Abordnung der deutschen Sozialdemokratie unter Führung Erich Ollenhauers teil.

* * *

Gefangenenbesuch im Hennecke-Tempo

E.Z.- Berlin

Vor kurzen ging durch die westdeutsche Presse die Nachricht, das Internationale Rote Kreuz habe in den letzten Monaten die Haftbedingungen für politische Gefangene in verschiedenen Ländern, u.a. auch in der Sowjetzone Deutschlands überprüft. Sein Vertreter H.G. Beckh habe zuerst das Zuchthaus Rummelsburg in Ostberlin besucht und später sich in 13 Zuchthäusern und Gefängnissen der Bundesrepublik unter vier Augen mit ungefähr 50 Häftlingen unterhalten. Wie vom Internationalen Roten Kreuz in Genf mitgeteilt wurde, sei als Ergebnis dieser Überprüfung festgestellt worden, dass die materiellen Haftbedingungen in den besuchten Strafanstalten in keinem Widerspruch zu den humanitären Grundsätzen des Roten Kreuzes stünden.

Ehemalige, nach dem Westen geflüchtete politische Häftlinge muss das Prüfungsergebnis des IRK, soweit es die Zuchthäuser der Sowjetzone betrifft, seltsam anmuten, weil es in Widerspruch zu ihren eigenen Erfahrungen steht. Von Haftverhältnissen, die mit humanitären Prinzipien im Einklang stehen, haben diese Häftlinge nichts gemerkt, ganz gleich, in welchem Zonenzuchthaus sie sich aufgehalten haben. Vor allem die Tatsache, dass zahlreiche schwerkranke politische Häftlinge, die von den Ärzten als haftunfähig erklärt wurden, nicht aus den Zuchthäusern entlassen wurden, lässt jeden Anspruch des Zonenregimes, humanitäre Grundsätze in den Strafvollzugsanstalten zu wahren, von vornherein verwirkt erscheinen. Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, dass in letzter Zeit ^{die} in den Haftkrankenhäusern der Zone untergebrachten, meist hoffnungslos erkrankten politischen Häftlinge eine bessere ärztliche Betreuung als früher erfahren.

Wenn in der Verlautbarung des IRK in Genf, dessen Objektivität von niemandem auch nur im Leisesten angezweifelt werden kann, trotzdem von einem humanen Strafvollzug gegenüber den politischen Gefangenen

31.5.1957

gesprochen wird und die Zonenverhältnisse mit denen der Bundesrepublik gleichgestellt werden, so besteht wohl der Verdacht zu Recht, dass der IRK-Vertreter bei der Überprüfung der Bedingungen in den sowjetzonalen Strafanstalten hinteres Licht geführt worden ist. In der Formulierung der Mitteilung des IRK kommt bereits eine sehr deutliche Reserve gegenüber der Sowjetzone zum Ausdruck, wenn es heisst, zuerst sei das Zuchthaus Rummelsburg bei Ostberlin besucht worden, dann habe man sich in 13 Zuchthäusern und Gefängnissen der Bundesrepublik mit ungefähr 50 Häftlingen unter vier Augen unterhalten können. Es spricht für das diplomatische Fingerspitzengefühl des IRK, mit einer solchen Formulierung zu erkennen zu geben, dass Pankow nur die Besichtigung eines einzigen Zuchthauses gestattete, während in Westdeutschland 13 Haftanstalten überprüft werden konnten.

Es muss aber bezweifelt werden, dass der IRK-Vertreter wenigstens im Ostberliner Zuchthaus die Möglichkeit zu einer echten Überprüfung der Lage der politischen Häftlinge hatte. Die Haftanstalt Rummelsburg ist schon einmal im November 1956 von Pankow zu einem nichtssagenden Schauobjekt gemacht worden, als eine Labour-Delegation sich von der Lage der politischen Häftlinge überzeugen wollte. Die in den Zellenhäusern 1 - 5 untergebrachten Häftlinge, bei denen es sich fast durchweg um nicht arbeitende Gefangene handelte, und die damit erschwerten Bedingungen unterliegen, wurden von dem Besuch der Labour-Leute ausgeschlossen. In Zellenhaus 6 aber, in das die englische Delegation geführt wurde, waren nach einem Bericht eines damals dort einsitzenden politischen Häftlinge vom Stationsleiter alle diejenigen Häftlinge vor Eintreffen der Engländer weggeschickt, d.h. zur Kammer oder zu irgendwelchen anderen Dienstgängen abkommandiert worden, von denen die Zuchthausleitung annehmen musste, dass sie, von den Gästen einmal in ein Gespräch gezogen, auspacken würden.

Genau so verfahren die "Volkspolizei" - und Staatssicherheitsdienstleute, die die Labour-Delegation durch das Zuchthaus führten, bei der Besichtigung der Arbeitsräume. Die Unterhaltungen, die hier mit den Häftlingen an Arbeitsplatz über Grund und Dauer der Strafe, über das Essen und den Arbeitsverdienst zustande kamen, waren so geschickt gelenkt, dass die Labour-Abgeordneten immer nur mit solchen Häftlingen ins Gespräch kamen, deren Mitteilungsbedürfnis für die Pankower Zuchthauswärter unverfänglich sein musste. Die Besichtigung des Zuchthauses Rummelsburg fand

Übrigens im Hennecke-Feld statt, da insgesamt nur acht Arbeits-, Schlaf- und Aufenthaltsräume innerhalb einer knappen Stunde gezeigt wurden, so dass für einen Raum nicht mehr als reichlich sieben Minuten zur Verfügung standen.

Ohne Zweifel hat auch bei der Überprüfung des Zuchthauses Rummelsburg durch den Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes auf der Pankower Seite Potemkin als Regisseur mitgewirkt. Warum sollte man in Ostberlin dem IRK-Vertreter mehr Zugeständnisse machen als etwa den Labour-Abgeordneten? Die Verspiegelung falscher Tatsachen gehört nun einmal zur politischen Taktik des Pankower Regimes, ganz gleich, ob es sich bei den zu Täuschenden um Einwohner der Zone oder um ausländische Besucher handelt.

* * *

Atomtod hygienisch einwandfrei

Jetzt wissen wir es ganz genau. Die Atomgefahr ... nun ja, es ist ja alles halb so schlimm. Wenn man die Dinge nüchtern betrachtet, das Zentrum einer Wasserstoffbombenexplosion, in dem jedes Leben erstickt, beträgt nicht 26 km im Durchmesser, sondern allenfalls 23,5 km. Und wenn man es genau nimmt, hat Albert Schweitzer unrecht. Was er über die Verseuchung der Atmosphäre sagt, hält einer genauen Nachprüfung nicht stand. Der Gipfelpunkt der radioaktiven Verseuchung der Atmosphäre durch die bisherigen Atombombenversuche wird nicht im Jahr 1975, sondern erst im Jahre 1982 liegen. Und was die "Unsauberkeit" der Strontiumbombe angeht? Bitte, die Briten produzieren den Tod inzwischen aus "sauberen" Material. Man sieht es: Die technische Weiterentwicklung feiert Triumphe. Nur diejenigen, die es trifft, wird es kaum interessieren: Früher brachte man sich mit verrosteten Lanzen und Schwertern um, heute dagegen werden die modernen Wasserstoff-Atombomben immerhin hygienisch einwandfrei "airconditiones" und in ethischer und moralischer Stomlinie geliefert. Wenn das kein Fortschritt ist? Für eines übersehen die bundesrepublikanischen wie internationalen Atomprediger: Töter als tot geht es nicht.

* * *

Der deutsche Chinahandel kommt wieder zu kurz

ler- Die langen Verhandlungen zwischen den Westmächten - auch Bonn war daran beteiligt - über eine Auflockerung des seit dem Koreakrieg über China verhängten Embargos hatten sich zu einem gordischen Knoten verdichtet. Briten und Franzosen sehen schon lange nicht mehr die Nützlichkeit einer Beschränkung im Handel mit dem neuen China ein; sie drängten aus wohlüberlegten wirtschaftlichen und politischen Gründen nach einer mehr offenen Tür, um einmal sich einen neuen Absatzmarkt zu verschaffen und um den Selbständigkeitsdrang Chinas auch von westlicher Seite her zu fördern. Die Amerikaner, immer noch Gefangene einer verfehlten Chinapolitik, verschlossen sich solchen britisch-französischen Wünschen und würden dabei von Bonn unterstützt, das immer noch glaubt, die Existenz der Volksrepublik China ignorieren zu können. Bekannt ist der Ausspruch des Staatssekretärs Hallstein vor Hamburger Exporteuren, der Handel mit China sei deshalb nicht wünschenswert, weil es in jenen Lande "nichts mehr Chinesisches gebe..."

Die Briten dachten und handelten von Anfang an klüger. Über ihre Kronkolonie Hongkong zogen sie ein lukratives Chinesengeschäft auf. Nun haben sie von sich aus, ohne die Zustimmung der Vereinigten Staaten abzuwarten, eine weitgehende Auflockerung des Embargos verfügt, der Warenverkehr mit Peking ist nur jenen Beschränkungen unterworfen, wie sie auch im Handel mit der Sowjetunion gelten. Laut gewordene Proteste aus den USA werden diesen britischen Entschluss nicht mehr umzustürzen vermögen, weil dahinter die Einsicht steht, dass es niemandem nützt, sich hinter den Positionen des Koreakonfliktes für alle Zeiten zu verschanzen. Dieser Schritt wurde diktiert von den vitalen Interessen Grossbritanniens und wurde getan ohne Rücksicht auf ein Washingtoner Stirnrunzeln. London verschaffte sich damit in China neue Sympathien, es folgte nicht dem Rat eines Hallstein, den Handel nicht zu pflegen, weil es "nichts mehr Chinesisches in diesem Lande gebe." Die Erzeugnisse der britischen Industrie wie Generatoren, Werkzeuge, elektrische Motoren, Traktoren, wissenschaftliche Instrumente, Lokomotiven, Chemikalien und vieles andere mehr mit Ausnahme von Waffen, Munition und spaltbarem Material können ungehindert in ein Land fließen, in dem ein Viertel der Menschheit wohnt.

Und der deutsche Chinahandel? Er hat wieder einmal das Nachsehen, weil die Bonner Handelspolitik hier wahrhaft geistesstille und unwirkliche Züge trägt, obwohl es sich doch um ein Land handelt, das für die deutsche Industrie einen Markt darstellt, der an Aufnahmefähigkeit kaum zu überbieten ist. Die Pekinger Regierung strengt sich ausserordentlich an, um die chinesische Wirtschaft aussenhandelsreif zu machen, wiederholt hat sie auch ihren Wunsch öffentlich bekundet, auch mit der Bundesrepublik ins Geschäft zu kommen - denn sie weiss von Weltruf deutscher Qualitätswaren wohl zu würdigen. Bonn verschliesst sich aus ideologischen Gründen solchen Wünschen, obwohl doch kein Zweifel daran ist, dass die britische Regierung ihren Entschluss nicht aus Liebe zur kommunistischen Sache gefasst hat. Bonns Stellung in dieser Frage ist gewiss nicht geeignet, uns bei diesem Volk Freunde zu erwerben; es trägt in letzter Konsequenz nur dazu bei, die Position Pankows zu stärken. Pankow versucht hier, erzwungen durch die Bonner Ignoranz, sich ein deutsches Monopol im China-Handel zu sichern.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Kommuniqué von der Sitzung des Parteivorstandes der SPD am 30.5.57

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der am Donnerstag unter dem Vorsitz von Erich Ollenkauer in Bonn tagte, billigte nach gründlicher Diskussion im Prinzip das von der Programmkommission unter der Federführung von Vorstandsmitglied Willi Eichler erarbeitete Wahlprogramm, das auf der grossen Kundgebung am 16. Juni in der Dortmunder Westfalenhalle verkündet werden soll. Am 14. und 15. Juni werden Parteivorstand, Parteiausschuss, Kontrollkommission und Bundestagsfraktion in Dortmund zusammentreten, um vor der Veröffentlichung des Programms dessen endgültige Beschlussfassung durch die führenden Gremien der Partei vorzubereiten.

Nach einem instruktiven Referat von Prof. Leo Brandt, Düsseldorf, über den Stand der technisch-wissenschaftlichen Forschung in der Bundesrepublik stellte der Parteivorstand fest, dass die jetzige Bundesregierung die Förderung der Wissenschaften in einer Weise vernachlässigt hat, die Anlass zu schwersten Bedenken über die weitere Entwicklung der deutschen Forschung gibt. Besonders erschreckend sei das Fehlen einer konstruktiven Idee auf seiten der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien zur Überwindung dieses Zustandes. Die Sozialdemokratische Partei wird, gemäss ihren Beschlüssen auf dem Münchener Parteitag, nicht nachlassen, dieses Problem immer wieder in den Vordergrund der deutschen Innenpolitik zu stellen, bis es einer Lösung entgegengeführt werden kann.

In einer kombinierten Sitzung des Parteivorstandes und des Vorstandes der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion wurden die bisherigen Ergebnisse bei den Beratungen über die Vertragstexte zu "Euratom" und "Gemeinsamer Markt" erörtert. Nach abschliessenden Berichten über den weiteren Verlauf der Beratungen in den zuständigen Bundestagsausschüssen wird die sozialdemokratische Bundestagsfraktion in einer ihrer nächsten Sitzungen die endgültige Stellungnahme zu den Verträgen erarbeiten.

+ + +